

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 67 (1970)

Heft: 2

Artikel: Neue Vorkehren zur gesellschaftlichen Entwicklung : Rolle des Sozialwesens, Ausblick auf 1970-1980

Autor: Rickenbach, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden. Zur Überbrückung der sogenannten Eiweißlücke in den Entwicklungsländern soll das Schwergewicht auf die Aufzucht von Tieren gelegt werden, die einen schnellen Umtrieb haben, also Schweine und Geflügel. Als Ergänzung sollen Maßnahmen zur Erzeugung von pflanzlichem Eiweiß durch den Anbau von Leguminosen wie Bohnen und Erbsen ergriffen werden. Auch die Verbesserung der Fangpraktiken in der Hochseefischerei und Erzeugungssteigerungen in der Binnenfischerei sollen stärker als bisher gefördert werden.

Zur Verbesserung der Devisensituation fordert die FAO eine Handelspolitik, die den Entwicklungsländern einen fairen Wettbewerb ermöglicht.

Nebst all diesen Maßnahmen ist nach Ansicht der FAO eine wirksame Bevölkerungskontrolle unerlässlich.

gk

Neue Vorkehren zur gesellschaftlichen Entwicklung – Rolle des Sozialwesens, Ausblick auf 1970–1980

Schweizerischer Landesbericht zur XV. Internationalen Konferenz für Sozialwesen vom September 1970 in Manila/Philippinen, erstattet von der Schweizerischen Landeskongress für Soziale Arbeit, Zürich.

Wir sind raumeshalber leider nicht in der Lage, den außerordentlich interessanten Bericht vollinhaltlich abzudrucken, sondern wir beschränken uns auf den *Ausblick auf die Jahre 1970–1980*.

Der «Ausblick» ist nach den Weisungen der Konferenzleitung summarisch zu behandeln, da der Stoff in der Hauptsache an der Tagung selbst erarbeitet werden soll.

Mit welchen Erscheinungen gesellschaftlichen Wandels und welchen Sozialbedürfnissen ist im Jahrzehnt 1970–1980 zu rechnen?

Die künftigen Erscheinungen und Bedürfnisse dürften grundsätzlich wohl den bisherigen entsprechen, sich aber zum Teil in verschärfter und differenzierterer Form zeigen. Auf Grund der erhaltenen Antworten lassen sie sich stichwortartig wie folgt umschreiben: Vermehrtes Bewußtwerden der Menschen, verbunden mit seelisch-geistiger Differenzierung; Änderung der Wertvorstellungen (Ehe, Familie, Erziehung, Beruf, Besitz usw.); weitere Änderungen in der sozialen Schichtung und Hierarchie (Wunsch nach vermehrter Mitsprache); Verstädterung und Vermassung bei gleichzeitiger Vereinzelung (Vereinsamung); Zunahme der örtlichen (Zu- und Wegzug) und beruflichen Mobilität; Lockerung von Bindungen in Familie und Gemeinwesen, begleitet von neuartigen Bindungen (zum Beispiel innerhalb der Jugend); Änderung der Stellung von Mann und Frau; Änderung des Familienbildes, auch durch die weitere Entwicklung antikonzeptioneller Methoden; Zunahme der Ehescheidungen. Vermehrtes Vorhandensein von Sozialwaisen und anderen Kindern mit Milieuschädigungen und Entwicklungsstörungen, vermehrtes Vorhandensein von gefährdeten Jugendlichen; Ablehnung von überkommenen Autoritäten und Wunsch nach Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen und Institutionen, besonders bei der Jugend; weiterer

Rückgang autoritärer Systeme; neue Lebens- und Gemeinschaftsformen in Wohnagglomerationen; Heranwachsen zahlreicher junger Menschen in den Groß-Siedlungen und Notwendigkeit, sie zu bewußter Mitarbeit am Gemeinschaftsleben zu gewinnen; stärkere Anforderungen an die Arbeitskräfte; vermehrte Berufstätigkeit der Frau; gesundheitliche Erschöpfung der arbeitenden Altersklassen und gute Gesundheit der jüngeren betagten Jahrgänge, weitere Zunahme der Betagten; höhere Ansprüche an den Lebensstandard; stärkerer Finanzbedarf bei Einzelpersonen und Familien infolge Entwicklung der «Freizeitcivilisation»; stärkere Notwendigkeit, sich an die Umgebung anzupassen (Standardisierung); stärkeres Bedürfnis nach verbaler Kommunikation; stärkeres Bedürfnis, sich in die Einsamkeit zu flüchten, daher auch vermehrte Süchtigkeit; vermehrtes Bedürfnis nach Stille; vermehrte Bildung von Gruppen, die sich in der heutigen Gesellschaft nicht zurechtfinden und in deren Anonymität nicht verwurzeln können; Ausdehnung des Kreises der Hilfsbedürftigen wegen Zunahme der seelisch-geistigen Nöte (Anpassungsschwierigkeiten).

Welche Sozialdienste erscheinen als nötig, um 1970–1980 den erwähnten Erscheinungen und Bedürfnissen zu genügen?

Zunächst dürfte es sich darum handeln, die unter Ziffer 2 erwähnten bestehenden Sozialdienste fortwährend auszubauen, die einen mehr, die andern weniger. Für neue Aufgaben sind neue Dienste nötig, wenn es nicht möglich oder tunlich ist, jene den bestehenden Einrichtungen zu übertragen. Eine Aufhebung einzelner Dienste dürfte sich aus der Entwicklung der nächsten Jahre kaum ergeben, wohl aber deren Umwandlung oder Zusammenlegung. Im folgenden erwähnen wir, was nach den uns zugekommenen Antworten als besonders dringlich bezeichnet wird, und folgen dabei wiederum dem in Ziffer 2.1 erwähnten UNO-Schema (The Development of National Social Service Programmes).

Dienste für Familie und Kind: Wiederherstellung des Verantwortungssinnes der Familie; Förderung der Elternbildung; vermehrte spezialisierte Hilfe für Familien (Ehe- und Erziehungsberatung, Familientherapie); intensivere Betreuung von Sozialwaisen und anderen Kindern mit Milieuschädigungen und Entwicklungsstörungen; Hilfe für gefährdete Jugendliche; Ausbau der Betagtenhilfe in allen Sparten.

Materielle Hilfe: Mehr preisgünstige Wohnungen für Sozialschwache, Familien und alleinstehende Frauen; eidgenössisches Teilobligatorium (für Minderbemittelte) in der Krankenversicherung, vor allem zur Deckung der Kosten von Spital- und Heilstättenaufenthalten.

Hilfe für sozial, physisch und seelisch-geistige Benachteiligte: Beratung von Eltern schwer geschädigter Kinder im Elternhaus durch heilpädagogische Wanderdienste; Therapieheime für psychisch gefährdete Kinder und Jugendliche; mehr Wohnheime für vermindert Erwerbsfähige; bessere Integration ausländischer Arbeitskräfte; Förderung des Invalidensportes.

Gemeinschaftsdienste: Ausmerzung der diskriminierenden Wirkung der Sozialdienste; Ausbau der polyvalenten Dienste (Quartier-, Gemeinde-, Bezirksberatungs- und -fürsorgestellen) (diese sollen auch das Fortkommen in der heutigen Gesellschaft erleichtern und zur Beteiligung am Aufbau des betreffenden Gemeinwesens aufrufen); Förderung der Gemeinschaftsbildung und der Integrierung Neuzugezogener.

Gruppendienste: Die Erwachsenenbildung soll auch den ungünstigen Auswirkungen der Massenmedien begegnen (zum Beispiel durch vermehrte Gruppendiskussionen); bessere Information der Jugend und intensivere Gesprächsführung mit ihr; Freizeitzentren für Jugendliche haben in vermehrtem Maße Leiter nötig, die in Sozialer Gruppenarbeit geschult sind; bewußtere Freizeitgestaltung für Erwachsene; Vermehrung, weitere Spezialisierung und bessere regionale Aufteilung der Heimplätze; mehr halboffene Heime für die Jugend.

Sozialdienste in verwandten Sachgebieten und außerhalb des «sozialen Feldes»: Vermehrung der Hilfsmöglichkeiten für bestimmte Patienten, insbesondere für Krebs- und Rheumakranke; Einrichtung von psychiatrischen Kliniken oder Klinikabteilungen für jugendliche Geistesranke; vermehrte Schaffung von Wohn- und Tagesheimen für Psychiatriepatienten, die nicht der Klinik bedürfen; Förderung der Gesundheitserziehung; Ausbau der Arbeitshygiene; bessere Rücksicht auf Eignung und Neigung bei der Arbeitszuweisung; Bekämpfung der durch übermäßige Rationalisierung bewirkten vorzeitigen physischen und psychischen Schäden.

Welche Strukturen sind bei diesen Sozialdiensten nötig, damit sie 1970–1980 möglichst wirksam arbeiten können?

Aus den uns zugekommenen Antworten sei folgendes herausgegriffen:

Organisation des Sozialwesens im allgemeinen: Die Netzdichte und Qualität der Sozialdienste ist mindestens so wichtig wie deren Art. Die Sozialdienste müssen sich je länger, je mehr so rasch als möglich den jeweiligen Bedürfnissen anpassen. Dies gilt namentlich auch für die öffentlichen Dienste. Auch die Umweltstrukturen (der Klienten und der Sozialdienste) sind fortgesetzt anzupassen. In den Kantonen, den größeren Gemeinden und womöglich auch auf eidgenössischer Ebene sind Organe zu schaffen, die das Sozialwesen koordinieren, die Bedürfnisse erforschen und Realisierungen in die Wege leiten. Sozialdienste mit gleichen Aufgaben sind tunlichst zusammenzulegen, solche, die nichts Wesentliches mehr leisten können, aufzuheben. Die Planung hat sich in verstärktem Maße interdisziplinär abzuwickeln. Von zentraler Stelle sollten in vermehrtem Maße Initiativen ausgehen, die Durchführung jedoch hätte dezentralisiert zu geschehen. Dem einzelnen Sozialdienst ist, horizontal und vertikal, möglich viel Autonomie zu belassen. Föderalismus und Gemeindeautonomie sind den künftigen Bedürfnissen anzupassen. Die polyvalenten Sozialdienste sind zu fördern; denn sie dienen gleichzeitig der Vorbeugung, der Eingliederung und der Linderung. Die Zusammenarbeit zwischen polyvalenter und Spezialfürsorge ist zu verbessern. Die Forschung ist zu fördern.

Organisation des einzelnen Sozialdienstes: Die Organisation (Struktur) des einzelnen Sozialdienstes soll so partnerschaftlich als möglich sein, auch um die Auffassung zu widerlegen, die Sozialarbeit sei «repressiv». Die Benützer sind im jeweils optimalen Maße zur Mitarbeit heranzuziehen (nötigenfalls durch Soziale Gruppenarbeit dazu zu befähigen); denn die heutigen Menschen (namentlich die Jungen) wollen immer weniger eine fertige Welt oder Modelle bestehender Organisationen übernehmen, sondern selber an der Gestaltung dieser Welt mithelfen. Dies gilt auch für den Aufbau des Gemeinwesens. Die Mitbestimmung (Beteiligung) wird von einer immer größeren Zahl von Menschen als ebenso wichtig betrachtet wie das «soziale Wohlbefinden». Dem Leiter des Sozialdienstes sind möglichst viel

Kompetenzen zu geben. In jedem größeren Sozialdienst sollte ein Mitarbeiter vorhanden sein, der das Sozialwesen oder wenigstens größere Teile davon gut kennt.

Methoden: Die Vorbeugung ist gegenüber der Heilung und Milderung stärker zu betonen. Gruppen- und Gemeinwesenarbeit sind weiter zu fördern. Das Hand-in-handgehen von Einzelhilfe, Gruppen- und Gemeinwesenarbeit ist zu fördern. Die Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) ist auszudehnen und zu verstärken. Hierzu empfiehlt sich auch die Mitarbeit ausgebildeter Sozialarbeiter in den Parlamenten. Notwendigkeit und Bedeutung moderner Sozialarbeit sind weitesten Kreisen nahezubringen. Maßgebenden Persönlichkeiten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ist vermehrt darzulegen, daß heute die «Umgebungswissenschaften» (Gesellschaftsleben usw.) ebenso wichtig sind wie das technische Wissen.

Arbeitskräfte: Nur fachlich gut fundierte Organisationen mit optimal ausgebildeten Sozialarbeitern genügen in der Zukunft. Die Zahl der Sozialarbeiter ist zu erhöhen, weil die «Fälle» immer komplizierter werden. Aber auch mehr Freiwillige (für Teilfunktionen) sind nötig. Es braucht namentlich auch polyvalente Sozialarbeiter. Es ist systematischer zu prüfen, in welchen Funktionen die Freiwilligen auch künftig tätig sein können. Die Beratung des Sozialarbeiters durch Spezialisten ist zu intensivieren. Es sind mehr Hilfspfleger für Betagte und Chronischkranke zu beschaffen und auszubilden.

Schulung: In der Ausbildung der Sozialarbeiter dürfte sich eine weitere Spezialisierung nach Methoden aufdrängen. Die Sozialarbeiter sind vermehrt in Gemeinwesenarbeit zu schulen (Großsiedlungen, neue Quartiere, Satellitenstädte). Die Leiterbildung ist systematisch an die Hand zu nehmen. Es braucht mehr Möglichkeiten der Supervision und der Fortbildung.

Welche Berufskategorien sind nötig, damit den Bedürfnissen im Jahrzehnt 1970–1980 möglichst wirksam genügt werden kann?

In Wiederholung und Ergänzung des bereits Gesagten seien diese Kategorien (die immer zahlreicher werden) nochmals aufgezählt. Darnach erscheinen nötig:

Für die *Einzelhilfe*: Sozialarbeiter (Fürsorger), Psychologen, Psychiater, Pädagogen, Seelsorger, Juristen, Gemeindeschwestern, Hauspflegerinnen, Heimhelferinnen, Haushaltberaterinnen, Ärzte, Beschäftigungstherapeutinnen, Gemeindeschwestern usw.

Für die *Gruppenarbeit*: Sozialarbeiter (Gruppenleiter), Psychologen, Psychiater, Pädagogen, Seelsorger, Freizeitgestalter.

Für die *Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung*: Sozialarbeiter (Gemeinwesenarbeiter), Stadt- und Regionalplaner, Koordinatoren, Architekten, Verkehrsfachleute, Finanzfachleute, Politiker, Freizeitgestalter, Public-Relations-Leute usw.

Für die *Sozialverwaltung*: Sozialarbeiter (Administratoren), Betriebs- und Wirtschaftsberater, Public-Relations-Leute.

Wichtig ist, daß die beteiligten Berufskategorien sich gegenseitig über ihre Denkweisen orientieren und geneigt sind, sich das Gute davon anzueignen. Entscheidend dürfte aber letztlich bei den an diesen Aufgaben Beteiligten das Menschliche sein.

Zürich, im November 1969

Der Berichterstatter: Dr. *Walter Rickenbach*
Sekretär der Schweizerischen
Landeskonferenz für Soziale Arbeit